

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 157.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen: Die Anzeigen nehmen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 157.

Telegramm: Cagblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 157

Donnerstag, den 9. Juli 1925

20. Jahrgang

Die Reichsregierung wird die Luftfahrtnote ablehnen.

Der Reichskanzler kehrte im Flugzeug von Wilt auf Fähr nach Berlin zurück und nahm dabei kurzen Aufenthalt im Hamburger Flughafen. Der Aufenthalt des Reichskanzlers bei einem Hamburger Blatt zufolge, Gelegenheit, sich mit einem der Mitreisenden über die Luftfahrtnote der Entente zu besprechen, die in der gesamten deutschen Presse vom rechten bis zum linken Flügel scharfe Worte der Ablehnung hervorgerufen hat. Es trat die Frage auf, ob diese neue Note der Entente als ein „Diktat“ anzusehen ist. Es wurde erwidert, daß die Reichsregierung diese Ansicht nicht teile.

Da der Inhalt der neuen Note in keiner Form mit den Bedingungen des Versailler Vertrages übereinstimme und da die Forderungen auch durch die Unterschriften der deutschen Regierung unter das Londoner Ultimatum nicht zu belegen seien, sei die Regierung in ihren Entschlüssen vollständig frei. Die Note der Botschafterkonferenz habe keinerlei militärische Gesichtspunkte; sondern stelle die Forderungen aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus, die die deutsche Konkurrenz in der Verkehrsluftfahrt und im Luftfahrzeugbau erschweren wolle. Es bestehe deshalb kaum ein Zweifel, daß die Regierung die Erfüllung der neuen Bedingungen entschieden ablehnen werde.

Die Reichsregierung werde die Verhandlungen voraussichtlich wieder antworten und hege noch immer die Hoffnung, daß die Entente zu der Einsicht gelange, daß letzten Endes die völlige Einschränkung der deutschen Verkehrsluftfahrt auch auf sie in wirtschaftlicher Beziehung zurückfalle. Wenn die Entente sich bei neuen Verhandlungen zu keinen wesentlichen

Veränderungen in den Forderungen bewegen lasse, so werde die Regierung trotzdem ihren ablehnenden Standpunkt nicht aufgeben und alles tun, was zur Erhaltung der deutschen Luftfahrt notwendig sei.

Wie vom Verband deutscher Luftfahrzeuge-Industrieller mitgeteilt wird, nimmt er zu der Note der Botschafterkonferenz folgenden Standpunkt ein: Die neue Note der Botschafterkonferenz enthält nach allgemeinem Urteil nicht die von uns beanspruchte Verbesserung der Begriffsbestimmungen, sondern darüber hinaus, außergewöhnliche neuartige Einengungen. Eine Annahme dieser Verschlechterung kann nicht in Frage kommen.

Chamberlain über die Luftfahrtnote.

London, 7. Juli. Auf eine Anfrage Wedgewood Benns im Unterhaus wegen der einschneidenden Bestimmungen für die deutsche Luftfahrt gab Chamberlain eine Erklärung über die Verhältnisse ab, die zu der bekannten Note der Botschafterkonferenz an die deutsche Regierung geführt haben. Auf eine weitere Frage Wedgewood Benns, ob es Chamberlain bekannt sei, daß die deutscherseits auskündlichen Flugzeugen bei Flügen über Deutschland auferlegten Beschränkungen eines der größten Hindernisse für die Entwicklung der europäischen Handelsluftfahrt seien, sagte Chamberlain: „Es ist mir bekannt, daß Schwierigkeiten vorhanden sind. Die zuständigen britischen Behörden bemühen sich um ihre Beseitigung. Weiteres kann ich im Augenblick nicht darüber sagen.“

Die deutsche Wirtschaftsdelegation an die französische Presse.

Paris, 7. Juli. Die deutsche Wirtschaftsdelegation hat der französischen Presse folgende Erklärung übermittelt: Die deutsche Delegation bedauert, daß die Restifizierung des Wirtschaftsabkommens durch die Pariser Elemente der beiden Länder nicht vor ihren Türen ermöglicht werden konnte. Die deutsche Delegation glaubt, daß die von Frankreich für die handelsmäßigsten deutschen Exportartikel gemachten Konzessionen nicht ausreichen, um das Gleichgewicht herzustellen, das eine Grundlage für ein Handelsabkommen hätte ergeben können. Andererseits hat die französische Wirtschaftsdelegation die von Deutschland gemachten Vorschläge, namentlich was Wein, Woll- und Baumwollgewebe sowie Automobile anbetrifft, für ungenügend erklärt. Es ergibt sich also daraus, daß die zwischen den beiden Delegationen entstandenen Meinungsverschiedenheiten sich auf wirtschaftlichem Gebiet Fundgraben haben. Keinen Augenblick dagegen haben in der Diskussion politische Fragen eine Rolle gespielt und in irgendeiner Weise die von der deutschen Regierung eingenommene Haltung beeinflusst. Die in den letzten Tagen hierüber gemachten Bemerkungen entbehren also jeder Grundlage.

Die Räumung Bochums.

Bochum, 6. Juli. Die Besatzung der Bochum-Gelsenkirchener Zone hat den Befehl erhalten, sich marschbereit zu halten. Im Laufe dieser Woche wird bereits die Kritiker abziehen. Zahlreiche Offiziere der Besatzungsarmee sind bereits im Zusammenhang mit der Räumung beurlaubt worden. Die Oberbürgermeister haben die Bevölkerung in Aufrufen und in Rettungsnutzen dringend ersucht, beim Abzug der Besatzungstruppen Ruhe zu bewahren und alle Handlungen zu unterlassen, die geeignet sind, Reibungen mit der Besatzung herbeizuführen.

Der Verlauf der Räumung.

Berlin, 7. Juli. Nach Blättermeldungen aus Essen soll die militärische Räumung des besetzten Ruhrgebietes voraussichtlich in der Zeit vom 15. bis 18. Juli erfolgen. Bis Mitte August sei jedoch mit dem Verbleiben der polnischen Polizei und gegebenenfalls auch der Gendarmerie zu rechnen. Das ganze Gebiet gelte bis zum Abziehen dieser Organe als besetzt.

Amerikaner fordern Anerkennung der deutschen Vorkriegsschuld.

Genf, 7. Juli. Der Pariser „Gerald“ meldet aus New York: Die Aufhebung der Berliner Stadtschulden, der ersten großen deutschen Kommunalanleihe, hat zu einer Aktion der New Yorker Presse und Finanz gegen neun deutsche öffentliche Anleihen geführt. Das Bankhaus Morgan hat als erstes Bankhaus die Forderung aufhebung der Anleihe abgelehnt, solange die früheren in Amerika ausgegebenen Anleihen Deutschlands nicht zurückgezahlt sind.

Genf, 7. Juli. Der Pariser „Temps“ meldet aus New York: Senator Johnson erklärte sich bereit, die Vertretung des Bundes der geschädigten Anleihebesitzer der Vereinigten Staaten im Senat zu übernehmen. Der Bund, der fast eine halbe Million Mitglieder zählt, fordert die Werte des amerikanischen Geldmarktes für deutsche Staats- und Kommunalanleihen, bis Deutschland seine Vorkriegsschulden anerkannt habe.

Protest der deutschen Studentenschaft gegen das Moskauer Urteil.

Berlin, 7. Juli. Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft hat im Namen der gesamten deutschen waldemischen Jugend Einspruch erhoben gegen die ungeheuerliche Art, in der in dem Prozeß der Sowjetregierung gegen die deutschen Studenten das Recht zu politischen Zwecken mißbraucht worden sei. Er weist die gänzlich haltlosen Vorwürfe, die gegen die Deutsche Studentenschaft und ihre Einrichtungen im Verlaufe des Prozesses erhoben worden sind, zurück, und richtet an die Reichsregierung die dringende Bitte, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um den Verurteilten zu helfen.

Dittmars Gnadengesuch.

Moskau, 6. Juli. Der Verteidiger des im Moskauer Prozeß zum Tode verurteilten lettischen Staatsangehörigen v. Dittmar, dessen „Gnadengesuch“ die Grundlagen für das Todesurteil auch gegen die beiden deutschen Angeklagten Kindermann und Wolscht abgaben, hat ein Gnadengesuch eingereicht.

Gnadengesuch für Kindermann und Wolscht.

Berlin, 7. Juli. Die Eltern von Dr. Kindermann und Wolscht haben, wie die Blätter mitteilen, durch die deutsche Botschaft in Moskau ein Gnadengesuch für ihre zum Tode verurteilten Söhne eingereicht.

Der Zollkrieg mit Polen.

Berlin, 7. Juli. Die Antwort der polnischen Delegation auf den deutschen Vorschlag zum Abschluß eines Handelsprotokolls ist den Blättern zufolge nunmehr hier eingegangen. Im Laufe des gestrigen Tages fanden im Auswärtigen Amt Besprechungen statt, die die Stellungnahme der deutschen Unterhändler gegenüber diesem neuen polnischen Vorschlag behandelten. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Warschau erzählt, sind dort sämtliche Lebensmittel und Kolonialwaren sowie deutsche Fabrikate in den letzten Tagen um 5 bis 20 Prozent im Preise gestiegen.

Zeigner wird im August begnadigt.

Dresden, 7. Juli. Justizminister Hänger teilt bei der Beratung des Justizrats im Landtag mit, daß das Gesamtministerium beschlossen hat, den früheren Wälfabrikanten Zeigner, der bekanntlich zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, Ende August begnadigt zu begnadigen und in Freiheit zu setzen.

Das deutsche Volkseinkommen.

Was steht zwischen den Zeilen einer Statistik?

Man kann sich bei uns nicht gerade über Mangel an statistischen Nachrichten beklagen. Vielmehr haben wir eher eine zu starke Neigung, mit Ziffern zu kommen und alles Mögliche nachzurechnen. Aber es fehlt vielfach an der richtigen und vor allem an der gemeinverständlichen Auslegung der Ziffern, vor denen der Zeitungsläser eine ungeheure Wüstung hat und sie deshalb oft lieber gar nicht liest. Und doch vermögen diese Ziffern so Vieles auszusagen, über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Es ist nun versucht worden, eine Schätzung des deutschen Volkseinkommens vorzunehmen, und zwar hat dies die noch junge Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft“ unternommen. Die Methoden, die dabei angewendet wurden, mußten vielfach schematisch sein und mögen noch mancher praktischen Verbesserung bedürfen; das ist Sache der Fachleute. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit haben die Ergebnisse der genannten, von einem guten Fachmann erarbeiteten Statistik jedenfalls für sich, und so wollen wir versuchen, diese Ergebnisse zur Grundlage zu nehmen und uns zu fragen, welche praktischen Erkenntnisse daraus gefolgert werden können.

Es handelt sich, wie besonders betont werden muß, um eine Schätzung des Volkseinkommens, nicht etwa des Volkvermögens; verglichen sind bestimmte Durchschnittszahlen von 1913 mit denen vom April 1925. Für 1913 ist die bekannte Schätzung Heffers herangezogen, der 43 Milliarden Mark errechnete, mit einer sehr guten und auch von anderen Stellen benutzten Methode. Davon waren 40,5 Milliarden privates und 2,5 Milliarden öffentliches Einkommen. Berücksichtigt man die abgetretenen Gebiete, so ist nach der Heffers-Schätzung im Jahre 1913 das private Einkommen Deutschlands innerhalb der heutigen Grenzen mit 38 Milliarden, das öffentliche Einkommen mit 2,4 Milliarden anzunehmen. Es wird nun manchen in Erstaunen setzen, daß das heute geschätzte Gesamteinkommen mit über 80 Milliarden ziffernmäßig hinter 1913 nicht zurückbleibt. Man verzeihe aber nicht, daß die Ziffern hier nur eine scheinbare Gleichheit bedeuten: das Sinken des Goldpreises in der ganzen Welt, erkennbar an dem gleichmäßigen Kaufkraftverlust auch der Goldmarken, macht den realen Inhalt des heutigen deutschen Volkseinkommens um mindestens ein Drittel niedriger als den entsprechenden Betrag von 1913.

Der daraus etwa auf eine Verarmung Deutschlands um diesen Betrag schließen würde, der griffe immer noch zu hoch. Denn das Wesentliche der angegebenen Statistik liegt in der Verteilung des Volkseinkommens. Während in den letzten zehn Jahren, vor dem Kriege wenig mehr als 70 Prozent des gesamten privaten Einkommens auf die untersten Schichten, hauptsächlich die Lohn- und Gehaltsempfänger, entfielen und der Rest von rund 29 Prozent als kapitalistisches Einkommen aus Vermögen, Ersparnissen, Auslandsquaten usw. betrachtet werden konnte, hat sich die Sache so verschoben, daß höchstens 11 Prozent des Privateinkommens heute noch als kapitalistisches Einkommen bezeichnet werden können, während fast 80 Prozent das typische Massen-, also Lohn-Einkommen vertreten, der Rest das öffentliche Einkommen darstellt. Hierin liegt das zweite Moment der Verarmung Deutschlands. Man geht nicht fehl, wenn man die starke Abnahme des kapitalistischen Einkommens als die Vernichtung des Mittelstandes betrachtet, zum großen Teil als die Wirkung der Inflation, die Kapitalvermögen vornehmlich für den Mittelstand geworden ist. Für die Verteilung des Volkseinkommens und der für wirtschaftliche Entwicklung in Kapitalform frei werdenden Teile des Volkseinkommens sind gerade diese Vergleichsziffern entscheidend. Sie zeigen, was wir uns alles nicht mehr leisten können, in diesen Ziffern ist die Verarmung wertvoller deutscher Bevölkerungsschichten, das stille Elend von Menschen enthalten, die als Kulturträger und als Bürger mit Staatsgestinnung ungemein wichtig sind. In diesen Ziffern ist die Tatsache enthalten, daß die übergroße Mehrheit der deutschen Bevölkerung vollständig auf das Lohnverhältnis angewiesen ist und in ihrer politischen Einstellung gegenüber einem gewissen Radikalismus durch die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst werden kann. Es zeigt sich also, daß sich in Deutschland eine Umwälzung vollzogen hat, kaum minder bedeutsam als die der Vierzigerjahre, in denen die Industrialisierung ihren ersten Siegeszug feierte. Wie in Amerika, so beginnt nun auch bei uns die Schicht mit eigentlich kapitalistischem Einkommen immer kleiner, der Einzeln aus dieser Schicht immer mächtiger zu werden. Aber auf der anderen Seite meißt sich die Zahl derer, die in der Statistik faßbar und kurz als „Masse“ betrachtet werden. Geschicht aber das Gleiche in der Politik, dann können sich bedenkliche Folgen zeigen. Aus der erwähnten Sta-